

Abstimmung R21 | Die «Väter» der Oberwalliser Sitzgarantie möchten das Wallis einen. Es könnte verkehrt herauskommen

# Die unfreiwilligen Brandstifter

**SITTEN | Die CVPO und die CSPO woll(t)en mit einer Sitzgarantie für das Oberwallis die Einheit des Wallis stärken. Just diese Klausel droht jetzt den Kanton zu spalten.**

HEROLD BIELER

Die erste Etappe der Verfassungsreform R21 wurde vom Walliser Parlament am 13. März in der Schlussabstimmung mit 71 Ja zu 53 Nein und vier Enthaltungen überraschend deutlich angenommen.

Das (ursprüngliche) erste Reformpaket wurde allerdings arg zerzaust. Bei der Zusammensetzung und der Wahl des Staatsrats bleibt fast alles beim Alten. Einzig die Bezirke und die Präfekten sollen abgeschafft werden. Dass der Wahlmodus für den Grossen Rat geändert werden muss, befahl schon vor mehr als einem Jahr das Bundesgericht.

## «Die R21 ist mehr als 35 garantierte Sitze»

Und trotzdem ist die politische und mediale Aufregung seit Freitag, dem 13. März 2015, gross. Der Grund ist die Garantie von 35 Grossratsitzen für das Oberwallis. Diese soll in die Verfassung. Die Oberwalliser C-Fraktionen wollten das Oberwallis und somit die sprachliche Minderheit stärken. Also in durchaus guter Absicht primär einem künftigen Brand vorbeugen. Die Welschen nennen es «une fausse bonne idée».

Denn im Unterwallis zeigt man zwar Verständnis für die Minderheit aus dem Oberwallis, aber die Klausel passt der Linksallianz und der PLR nicht. Beide gossen nun kräftig Öl ins Feuer. Statt einen Brand zu verhindern, haben die Befürworter einen Flächenbrand ausgelöst. «Mittlerweile wird nur noch über diese Garantie diskutiert», stellte gestern auch Beat Rieder, CVPO-Fraktionschef, fest. Diese Reduzierung, so Rieder, sei aber total falsch.



«Unterwallis bleiben 95 Sitze». CVP-Grossräte Sydney Kamerzin, Beat Rieder, Marianne Maret, CSPO-Grossrat Diego Clausen und SVPU-Abgeordneter Grégory Logean. FOTO WB

## «Keine Spaltung des Kantons riskieren»

Marianne Maret, CVPU-Grossrätin aus Troistorrens im Chablais, warnt vor einem Nein: «Wer die erste Etappe der R21 ablehnt, riskiert eine Spaltung des Kantons. Aufgrund der grossen Herausforderungen, die auf uns warten, ist das eine riskante Strategie.» Für Maret schreibt man mit der Klausel etwas in die Walliser Verfassung, was das Wallis von der übrigen Schweiz immer wieder fordert: «Nämlich Rücksicht auf regionale Interessen und Befindlichkeiten. Über dieses Diktat von aussen jammern wir im Wallis ja mittlerweile fast nach jeder Abstimmung.»

Für Grégory Logean (SVPU) werden im neuen Wahlsystem für den Grossen Rat mit der Bildung von sechs Wahlkreisen und zwölf Unterwahlkreisen auf Basis der heutigen Bezirke auch die kleinen Distrikte geschützt: «Dies ermöglicht es, dass die kleinen Berggemeinden des Ober- und des Unterwallis auch in Zukunft im Parlament vertreten sein werden.» Die jetzt vom Parlament gewählte Lösung findet

er gut: «Sie entspricht auch der Initiative (jede Stimme zählt, ist demokratisch und für den Bürger ändert sich praktisch nichts.»

## «2030 noch 25 Oberwalliser Parlamentssitze»

Beat Rieder verteidigt «seine» Sitzgarantie weiterhin unbeirrt und ohne Rücksicht auf mögliche «Kollateralschäden» für seine Ständeratskandidatur: «Das zentrale Problem des Wallis in der Zukunft ist die Demografie. Man kann das bagatelisieren, wie es die Gegner tun. Berechnungen zeigen, dass das Oberwallis 2030 noch maximal 25 Parlamentssitze haben wird, danach wirds noch extremer.»

Für Diego Clausen (CSPO) darf für die politische Vertretung nicht ausschliesslich die Demografie zählen: «Das Oberwallis entspricht der Hälfte der Wirtschaftskraft, der Energiepolitik, des Territoriums. Ist es da übertrieben, wenn man diesem Kantonstheil wenigstens ein Viertel der Mandate im Parlament zusichert?» Für Clausen ist es schwer nachvollziehbar, dass just jene Kreise, die nun gegen eine Klausel für die Legis-

lative sind, bei der Exekutive dem Oberwallis bei einer Erhöhung auf sieben Sitze zwei garantieren wollten.

«Betrachten wir das Ganze einmal von der anderen Seite. Das Unterwallis wird immer noch 95 Sitze haben», merkt Rieder an. Heute hat es übrigens «nur» 92.

## Wahlkampf statt Abstimmungskampf

Beat Rieder, der die Sitzgarantie im Parlament gemeinsam mit CSPO-Fraktionschef Diego Clausen durchbrachte, ist nun der «böse Mann» im Unterwallis. Bei der SPO, die ebenfalls gegen die Oberwalliser Sitzgarantie ist, war er schon vorher. Während Rieder in Mandatdeckung genommen wird, lässt man Clausen mehr oder weniger in Ruhe.

Rieder ist eben Ständeratskandidat. So herrscht seit Mitte März nicht Abstimmungskampf – sondern bereits Ständerats-Wahlkampf. Die SVP, die Linksallianz und die FDP wollen den zweiten C-Sitz. Die Linken und die Radikalen stellen den Lötschentaler als Politiker dar, für den die Welt auf

der Fafleralp beginnt und in Ferden aufhört. Ein absurder Vorwurf an einen Politiker, der zu den profiliertesten im Walliser Parlament gehört.

## Angriffiger Bürgerer, schweigender Grichting

Thomas Bürgerer, Präsident der ausserparlamentarischen Kommission R21 und seit Weihnachten auch SP-Ständeratskandidat, kämpft mittlerweile gegen die R21. Bürgerer ist ein erfahrener Polit-Haudegen. Er taktiert, hofft, dass ihm der Kampf gegen die Sitzgarantie im Unterwallis mehr Stimmen bringen wird, als er im Oberwallis zu verlieren droht.

Pierre-Alain Grichting, Ständeratskandidat der FDP/Liberalen, hält sich hingegen für ihn unüblich vornehm zurück. Die Radikalen detachieren Interimspräsident Bernard Rey oder bei Bedarf Fraktionschef Christophe Clavaiz an die Front ab.

Franz Ruppen schliesslich, der für die SVPO ins Stöckli nach Bern möchte, ist persönlich für die Oberwalliser Sitzgarantie. Aber seine Oberwalliser Parteikollegen haben in dieser Frage Stimmfreigabe

beschlossen. Ruppen darf (und will) sich also nicht zu weit aus dem Fenster lehnen. Zumindest in diesem Fall kommt ihm dies nicht ungelogen.

## Die Präfekten als die grossen Sieger?

Bei aller politischen und medialen Hysterie – die R21 ist beim Volk (noch) nicht angekommen, noch weniger ein Thema als die (wichtigere) R3. Ein Problem wäre ein Scheitern an der Urne nicht. Sagen die Gegner. Bis zu den nächsten Parlamentswahlen lasse sich rechtzeitig ein Wahlmodus finden.

Staatspolitisch problematischer wäre, wenn sich zwischen dem Ober- und Unterwallis ein resultatmässiges «Kiesenschloch» auf tun sollte. Dieses Risiko ist hoch.

Gehen beide Vorlagen bachab, gäbe es zumindest einen Sieger: die Präfekten. Vielleicht hat sich Thomas Bürgerer im März doch zu früh gefreut. Nach dem Ja des Parlaments zur R21 meinte er, immerhin habe man es geschafft, die Präfekten diskussionslos abzuschaffen – Totgesagte leben oftmals länger...

Podiumsgespräch | Beat Rieder wagte sich am Mittwoch nach Saint-Maurice in die Höhle des Löwen

# Mit dem Rücken zur Wand

DAVID BINER

35. Diese Zahl erhitzt die politischen Gemüter – vor allem im Unterwallis. Das hat zum einen damit zu tun, dass der neue Wahlmodus des Walliser Parlaments – ein Punkt über den das Stimmvolk am 14. Juni entscheidet – für viele zu wenig weit geht. Zum anderen lässt sich die Reform mit Wortschöpfungen wie «doppelproportionales Zuteilungsverfahren» nur schwer in den Medien oder an der jeweiligen Parteibasis «verkaufen». Was bleibt, sind also die 35 Sitze, die künftig im Parlament für die Minderheit aus dem deutschsprachigen Kantonstheil reserviert sein sollen. Die Debatte über diese Sitzgarantie teilt den Kanton in ein Pro und ein Kontra, in ein Ober- und ein Unterwallis, Emotionen werden geschürt. Und die Zahl lässt sich an einer Person festmachen: Beat Rieder.

## «Monsieur Oberwallis»

Bisher höchstens in Unterwalliser Politikerkreisen bekannt, avancierte der CVPO-Fraktionschef und Ständeratskandidat in den vergangenen Wochen zum «Monsieur Oberwallis». Das wurde

auch am vergangenen Mittwochabend deutlich, als Rieder an einer Podiumsdiskussion in Saint-Maurice teilnahm.

Das Oberwallis stand hier eigentlich gar nicht zur Debatte. Unter dem apokalyptischen Titel «Das Ende des Bezirks Saint-Maurice?» wollte man dem Publikum nämlich aufzeigen, welche Auswirkungen die Reform der Walliser Institutionen, diese R21, für den kleinen Bezirk zwischen den zwei Grossen (Martigny und Monthey) haben wird. Aber die Podiumsgäste hatten kaum Platz genommen, war sie schon wieder da, die Zahl 35.

## Ringens um die Gunst des Publikums

Claude Défago, Journalist und Moderator des Abends, wollte wissen, ob es sich bei der R21 um eine «Reformette», also ein Reformchen, handle. Der Oberwalliser SP-Ständeratskandidat Thomas Bürgerer fackelte nicht lange und nannte die Sitzgarantie als Grund, weshalb er, seinerzeit Präsident der R21-Kommission, nicht mehr hinter der Reform stehen könne. Damit mache er sich im Oberwallis zwar keine

Freunde, so der Altstaatsrat wohlwissend, dass er mit seiner Position das Unterwalliser Publikum auf seiner Seite hat. Rieder versuchte zu kontern, verwies auf die demografische Entwicklung und dass das Unterwallis sieben Mal schneller wachse. Zudem machte er den Anwesenden klar, dass

durch die Reform auch «ih» Bezirk gestärkt werde, indem Saint-Maurice als Unterwahlkreis seine fünf Grossräte behalte.

## Fehlende Rückendeckung

Es sei mutig, als Oberwalliser hierher zu kommen, intervenierte ein Zu-



Unter Beobachtung. Beat Rieder vor dem Publikum in Saint-Maurice. FOTO WB

schauer nach der Diskussion. Aber das mit den Sitzen fürs Oberwallis sehe er nicht ein. Der Ständeratskandidat versicherte dem Publikum, dass er sich genauso für den ganzen Kanton einsetze, wie er dies fürs Oberwallis tue. Das Publikum zeigte sich wenig überzeugt.

Und auch Rieders Parteifreunde aus dem Unterwallis geben sich zurückhaltend. Der ebenfalls anwesende David Théoduloz zitiert sogar zu beschwichtigend. In zehn, zwanzig Jahren werde man nochmals auf die Verfassung und auf diesen Punkt zurückkommen, so der Fraktionschef der CVP Mittelwallis. Die Unterwalliser C-Parteien hätten sich mit den 35 Sitzen zu erst ebenfalls schwergewagt. Rückendeckung sieht freilich anders aus.

«Es geht mir um die Sache – nicht um meine politische Karriere», so Rieder im Gespräch. Irgendwo zwischen Kampfeslust und Trotz. Mit Hinblick auf die Ständeratswahl stört sich der geradlinige Politiker offenbar nicht daran, mit seinem Oberwalliser Bifer vor allem im Unterwallis mit dem Rücken zur Wand zu stehen.